

Gesperrt bis zum Beginn -

Es gilt das gesprochene Wort!

**Rede von Franz Müntefering
Bundesminister für Arbeit und Soziales**

Sozialstaat und europäische Union

anlässlich der Konferenz „Sozialpolitik europäisch Denken – Das Europäische Sozialmodell als Handlungsrahmen nationaler Sozialpolitiken“ der Friedrich-Ebert-Stiftung
am 29.5.2006 in Berlin

Redezeit: 40 Minuten

Einleitung

Anrede,

Europa hat Chancen und Europa ist eine Chance. Ich will das voranstellen, weil in den Debatten über Europa, seinen Zustand und seine Zukunft derzeit oft die Skepsis überwiegt.

Es gibt Gründe für diese Skepsis, aber wenn wir es richtig angehen, dann können wir diese Gründe entkräften und neuen Schwung in das europäische Projekt bringen.

**Soziale
Dimension**

Es wird vor allem darauf ankommen, den Bürgerinnen und Bürgern die soziale Dimension Europas erkennbarer zu machen.

Europa ist eine gemeinsame Vorstellung vom Sozialen.

Davon, dass Märkte einen Ordnungsrahmen brauchen.

Davon, dass wirtschaftliche Interessen nicht alleine bestimmen, sondern dass sie abgewogen werden müssen

gegen soziale, umweltpolitische oder kulturelle Aspekte. Davon, dass es Regeln geben muss in der sozialen Marktwirtschaft.

Das alles taucht in dem Bild von Europa zu selten auf. Da

dominieren die Ideen des Wettbewerbs und der Deregulierung. Beides wichtig, aber für sich genommen zu wenig, wenn nicht klar wird, wofür Wettbewerb genutzt werden soll, und wie die deregulierten Lebensbereiche auch künftig nach menschlichem Maß gestaltbar bleiben.

**Gescheiterte
Referenden**

Das „Nein“ bei den Verfassungsreferenden in den Niederlanden und noch mehr in Frankreich ist vor diesem Hintergrund Ausdruck eines verbreiteten Gefühls gewesen, dass Europa zwar für Liberalisierung und Marktöffnung steht, aber nicht für soziale

Regeln und soziale
Verantwortung. Jedenfalls nicht
überzeugend.

**Europa als
Bedrohung**

Deshalb wird Europa empfunden als eine Gefahr für die national erreichten sozialen und kulturellen Standards. Als eine Bedrohung nationalstaatlicher Politik des Sozialen.

Entscheidungen aus Brüssel oder Straßburg kommen scheinbar aus heiterem Himmel, stoßen auf Unverständnis und werden als nicht sozial und als nicht legitim empfunden.

Dass sie dann aufgrund der Vertragslage trotzdem umgesetzt werden müssen, erzeugt leicht Frustration und Fatalismus.

Falsches Bild

Anrede,

dieses so skizzierte Bild von Europa ist ebenso falsch wie gefährlich. Man kann erklären, wie es zustande kommt. Und jeder hier im Raum wird Beispiele finden – von der regelmäßigen Debatte über die Buchpreisbindung bis zu schwer nachvollziehbaren Verordnungen zur geometrischen Beschaffenheit einzelner Obstsorten.

Aber das sind Aspekte, die nicht für das Ganze genommen werden dürfen. Es gibt auch Hoffnung und Zeichen, dass Europa den richtigen Weg findet, die soziale Idee garantiert und so auch Vertrauen stiftet.

So zum Beispiel die Lissabon-Strategie. Sie zielt auf einen *„Rahmen, in dem sich Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik gegenseitig verstärken“*.

Hier werden sozialer Zusammenhalt und wirtschaftliche Kraft als zwei Seite der Medaille betrachtet. Das ist gut so. Das muss sichtbar

werden, wenn wir über Europa und seine Chancen sprechen.

Sozialstaat durch Anrede, Europa sichern

Wenn ich heute etwas über den „Sozialstaat und die Europäische Union“ sage, dann geht es nicht darum, wo man diesen Sozialstaat gegen Europa durchsetzen muss, sondern darum, wo und wie Europa die Möglichkeit bietet, organisierte Solidarität und soziale Regeln – denn das sind der Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft – zu gewährleisten.

**Politik muss
nachwachsen
und gestalten**

Anrede,

die weltwirtschaftliche
Entwicklung nimmt keine
Rücksichten mehr auf
nationalstaatlich verfasste Politik.
Das Kapital ist längst weltweit
unterwegs und die globale
Werkbank ist Realität. Die Politik
muss um ihren Primat kämpfen.
Sie muss Mechanismen schaffen
und Instrumente entwickeln, die
in der Globalisierung die
Gestaltungskraft von Politik
stützen und garantieren.

Früher waren Märkte stärker
eingebettet in nationalstaatliche
Regulierungsrahmen. Längst
sind sie darüber hinaus

gewachsen und potenziell ungehemmt und ohne soziale Regeln. Politik wird sie nur dann zügeln können, wenn sie ebenfalls Modelle jenseits des Nationalstaats findet. Wenn die Politik der Demokratie und der sozialen Idee international Gestaltungskraft erkämpft.

Keine Romantik Dazu ist Europa die Chance. Und deshalb ist Europa auch ein soziales Projekt von historischer Dimension. Es geht nicht um emotionale Europa-Romantik, sondern um den klaren Blick dafür, wie und wo eine Politik für die soziale Idee, auch für die soziale Marktwirtschaft, möglich ist, wenn nationalstaatliche

Regelungen oft zu klein und zu schwach dafür sind. Es geht um die zeitgemäße Antwort der Demokratie auf den globalisierten, modernen Kapitalismus.

Herbert Wehner Herbert Wehner, kein besonders schwärmerischer Kopf, hat schon 1963 bei einer Parteiveranstaltung der SPD gefordert:

„Wir dürfen nicht müde werden zu drängen, diese große breite Volksbewegung zur Vereinigung Europas zu schaffen, das mehr sein muß als ein Europa von Kommissionen, als ein Europa von Administrationen, als ein

Europa von Regierenden oder von Staaten, das ein Europa der Völker werden muß. Und es kommt die Zeit, da werden es die Leute begreifen, dass das der einzig wirkliche reale Boden ist, auf dem man noch Politik in diesem Kontinent und gegenüber den Problemen, die durch das Aneinanderrücken der Kontinente aufgeworfen sind, machen kann.“

Diese Zeit ist gekommen. Dass es ohne Europa nicht geht, muss jedem klar sein.

Das gilt für den Wohlstand.
Das gilt für die soziale
Marktwirtschaft.

Das gilt für den Frieden.

**Unterschiedliche Anrede,
Sozialstaaten**

einfach ist das aber nicht. Und eine vorgefertigte Lösung gibt es auch nicht. Es gibt kein Lehrbuch. Versuch ist nötig, Irrtum ist möglich. Es geht ausdrücklich nicht um den Traum vom einen, gemeinsamen europäischen Sozialstaat.

Gemeinsame soziale Ordnung Aber die Orientierung auf eine gemeinsame soziale Ordnung in Europa ist möglich. Das Fundament ist da, weil wir zentrale gemeinsame Werte haben, die wir in den einzelnen Staaten auf der Grundlage

unterschiedlicher Traditionen umsetzen.

Die Idee vom Sozialstaat und seiner Verantwortung gilt, aber deren Ausgestaltung zeigt große Differenzierungen – zwischen Skandinavien und Großbritannien, zwischen der iberischen Halbinsel und den mittel- und osteuropäischen Staaten, selbst zwischen Frankreich und Deutschland.

Ich will daher zunächst einige Bemerkungen zum deutschen Wirtschafts- und Sozialmodell machen. Vor diesem Hintergrund wird verständlicher, welche Vorstellungen von Europa und

welche Erwartungen an seine Politik sich für uns daraus ergeben und was wir in die Diskussion einbringen können.

Deutsches Modell

Anrede,

Sozialstaat, soziale Marktwirtschaft, soziale Ordnung – das sind Markenzeichen der Bundesrepublik Deutschland, die das Leben in unserem Land lebenswerter machen.

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, gute Infrastruktur, qualifizierte und motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, tüchtige und erfolgreiche Unternehmer,

innovative

Forschungseinrichtungen und hohe Lebensqualität zeichnen das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell aus.

Auch die Idee der Teilhabe und Mitbestimmung. Auch das progressive Steuermodell, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache.

Und unsere Sozialsysteme gehören – trotz aller Reformnotwendigkeiten – zu den leistungsfähigsten der Welt.

Grundgesetz

Das Soziale ist Auftrag des Grundgesetzes. Art. 20 sagt: „*Die Bundesrepublik ist ein*

demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Das Soziale ist politische Verpflichtung und es ist menschliche Selbstverständlichkeit.

Es ist nicht beliebiges, freiwilliges Beiwerk. Es ist nicht das Sahnehäubchen der Demokratie. Es ist die Essenz unserer Demokratie.

Das Soziale ist anstrengend, aber es ist keine Last. Es stärkt wirtschaftliche Prosperität und Zukunftsfähigkeit.

Wirtschaftlich stark, weil sozial Deutschland ist wirtschaftlich stark, weil es sozial ist, nicht obwohl es sozial ist. Als

Risikostrukturausgleich in Form sozialer Sicherungssysteme ist der Sozialstaat nicht nur ein Gebot der Solidarität. „Einigkeit macht stark“ ist nicht nur ein Prinzip der Solidarität, sondern auch der ökonomischen Vernunft.

**Soziale
Marktwirtschaft**

Anrede,

die Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft liegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Damals ist die Idee entstanden, dass wirtschaftliche Kraft nicht in Ausbeutung, sondern im sozialen Zusammenhalt erwächst.

Die Ideen von der Würde des Einzelnen und vom demokratischen Miteinander gaben der Bewegung Kraft. Christliche und sozialistische, liberale und humanistische Überzeugungen bildeten die Grundlagen.

Längst nicht alles war sofort da, vieles wuchs in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts an Erkenntnis und Praxis hinzu.

- Der ordnungsrechtliche Rahmen für den Markt,
- die Tarifautonomie, Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte,

- die organisierte solidarische Absicherung von Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Pflege und Alter, die der einzelne nicht alleine schultern kann,
 - auch die gesamtwirtschaftliche Verantwortung des Staates
- all diese Ideen und Konzepte sind auf dieser Grundlage entstanden

Leitplanken

Aber die Leitplanken sind von Beginn an dieselben: Der Markt und das Soziale müssen immer wieder neu miteinander verzahnt werden. Ausgerichtet an den Erfordernissen der Zeit. Die grundsätzliche Ausrichtung der sozialen Marktwirtschaft steht

unverrückbar fest: Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt.

**Soziale
Versprechen**

Diese Leitplanken führen hin zu den großen sozialen Versprechen auf Wohlstand und Sicherheit, auf Arbeit, auf Teilhabe und Teilnahme.

**Wohlstand
für alle**

Erstens: Wohlstand für alle. Das darf kein Heilsversprechen sein, und kann keine Garantie sein. Aber es ist Ziel und Messlatte für das Erreichte und das Angestrebte. Alle sollen ein gerechtes Stück vom Kuchen der gemeinsam erwirtschafteten Werte abbekommen.

Ja, es ist eine sozialdemokratische Maxime: Es soll den Menschen gut gehen. Sie sollen in Wohlstand und Sicherheit leben können.

Das gerechte Stück vom Kuchen soll möglichst groß sein. Dafür muss der wirtschaftliche Erfolg möglichst groß sein. Gleichzeitig garantieren wir die Sicherheit, dass niemand ins Bergfreie fällt, nur weil er alt, krank, pflegebedürftig oder arbeitslos ist. Wir organisieren Solidarität im Sozialstaat.

Arbeit

Zweitens: Arbeit. Arbeit sichert Lebensunterhalt. Arbeit ist Selbstbestätigung. Arbeit ist

nötig. Wir wollen, dass es mehr Arbeit gibt. Gute Arbeit – zu fairen Bedingungen und zu fairen Löhnen.

Um mehr Menschen Chancen auf Arbeit zu geben, haben wir damit begonnen, den Arbeitsmarkt und die Arbeitsvermittlung zu reformieren. Es gibt eine leichte Entspannung am Arbeitsmarkt, aber längst nicht genug. Die hohe Arbeitslosigkeit bleibt Herausforderung.

Teilhabe und Teilnahme

Drittens: Teilhabe und Teilnahme. Mitbestimmung und die Arbeitnehmerrechte generell fördern Identifikation mit dem

Unternehmen, aber auch die wirtschaftliche Leistungskraft und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft.

Sie schaffen eine Kultur der Freiheit und der Verantwortung, die für soziale Demokratie unerlässlich ist. Und der Markt braucht freie und verantwortliche Akteure. Mit ihnen ist er effizienter und dynamischer als mit allen anderen Alternativen. Das schließt freie Gewerkschaften ein. Sie sind und bleiben unverzichtbares Element sozialer Demokratie.

Sozialsysteme Anrede,

der deutsche Sozialstaat mitsamt seiner Versicherungssysteme ist organisierte Solidarität.

Finanziert werden diese Systeme aus einem Mix von

einkommensbezogenen

Beiträgen, Steuern und privater

Vorsorge. Die Gewichtungen

können sich verändern – die 78

Mrd. Euro Ausgaben des Bundes

im Bereich der Rente oder der

Boom bei Riester-Rente und

betrieblicher Altersvorsorge sind

Beispiele.

Bei aller Veränderung: Im Kern

bleiben das System und die

Finanzierung solidarisch. Denn

es gibt nichts Sichereres als:
Menschen für Menschen,
Generationen für Generationen.

Solidarität ist dabei genauso
wichtig wie Eigenverantwortung.
Die Gemeinschaft muss für den
einstehen, der sich selbst nicht
mehr helfen kann. Aber jeder
muss auch das ihm Mögliche
beitragen, damit die
Gemeinschaft stark genug ist für
Solidarität.

Eigenverantwortung ist nicht die
Alternative zur Solidarität,
sondern ihre Voraussetzung,

Sicherheit im Wandel

Weil sich die Welt um sie herum verändert, müssen sich die Sozialsysteme verändern, um auch künftig leistungsfähig und finanzierbar zu sein. Doch dieser notwendige Wandel, der mehr Sicherheit zum Ziel hat, führt zunächst zu neuen Unsicherheiten. Totale Sicherheit gibt es nicht und wir dürfen sie nicht als Illusion pflanzen.

Aber: Weniger Unsicherheit und mehr Sicherheit – das geht schon. Damit stärken wir das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates.

Organisierte Solidarität

Organisierte Solidarität ihrerseits braucht Methoden und Instrumente, mit denen sie organisiert werden kann. Das ist für Deutschland die Herausforderung, in der wir in diesen Jahren sind. Es ist die Chance und die Pflicht der großen Koalition, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Was heißt das für Europa und seine soziale Dimension? Es muss seine Kräfte bündeln, darf sich nicht gegenseitig in die Knie konkurrieren durch Steuer- oder Lohndumping. Es muss kollektiv seinen Wohlstand mehren. Und es muss zu seiner sozialen Verantwortung finden.

Zwei Aufgaben scheinen dabei vordringlich:

**Innere
Ausgestaltung
Europas**

Die erste Ebene betrifft die innere Ausgestaltung Europas. Hier wollen wir, dass soziale Regeln und soziale Verantwortung gelten.

**Dienstleistungs-
richtlinie**

Der gemeinsame Kampf um die Dienstleistungsrichtlinie hat gezeigt, dass das geht. Da haben wir – allen voran die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften – mit vereinten Kräften eine Lösung hinbekommen, mit der es sich gut und sozial leben lässt.

Mindestlöhne

Das müssen wir jetzt nationalstaatlich flankieren mit einer Regelung, die Lohndumping verhindert. Das ist auch so vereinbart. Tarifliche Mindestlöhne nach der Entsendegesetz-Regelung oder gesetzliche Mindestlöhne können dabei helfen.

Lehrstück

Die Meinungsbildung in Sachen Dienstleistungsrichtlinie ist im übrigen ein Lehrstück. Die Kommission startete die Idee einzig und allein im Sinne strikter Wettbewerbspolitik. In den Staaten, bei den Menschen, kam das an als Gefahr des Sozialdumpings.

Reine Wettbewerbspolitik auf der EU-Ebene, die soziale Absicherung auf der nationalstaatlichen Ebene – diese Frontstellung kann nicht zu einer konsistenten überzeugenden Politik führen.

Europa soll nicht die nationalstaatliche Sozialpolitik ersetzen, aber es darf Sozialpolitik auch nicht zu einer nachrangigen Zuständigkeit der Staaten degradieren wollen.

An dieser Schnittstelle zwischen europäischer Ordnungs- und nationalstaatlicher, sozialstaatlicher Politik kann sich

entscheiden, ob Europa gelingt.
Ja oder nein.

**Sozialpolitische
Agenda**

In ihrer sozialpolitischen Agenda haben sich die EU-Mitgliedsstaaten 2005 auf eine Politik für Arbeit sowie die Förderung der Chancengleichheit und den Kampf gegen Armut als Schwerpunkte geeinigt. Das ist ein klarer sozialer Auftrag.

In der Sozialpolitik haben wir mit der Methode der offenen Koordinierung außerdem eine Lösung in der Erprobung, wie sich die Staaten auf gemeinsame Regeln hinbewegen können und dabei trotzdem die Wege und Instrumente in den einzelnen

Ländern selbst bestimmen können.

In der offenen Koordinierung werden gemeinsame Ziele, klare Wegmarken und regelmäßige Berichte über den Fortschritt vereinbart. Das funktioniert derzeit in den Bereichen soziale Eingliederung, Alterssicherung, Gesundheit und Langzeitpflege.

Lissabon-Ziele

Generell formuliert Europa bereits heute viele soziale Messlatten, nach denen sich Deutschland noch strecken muss. Zum Beispiel das Ziel, bis 2010 50% der über 55-Jährigen in Arbeit zu haben. Oder das Ziel, bis 2010 3% des

Bruttoinlandsproduktes in
Forschung und Entwicklung zu
investieren.

Das sind Standards, die wir noch
nicht erfüllen, aber die uns und
unseren Nachbarländern die
Richtung vorgeben. Und die
Europas Position am weltweiten
Markt beeinflussen.

Nationalstaatliche Ich will, dass wir es schaffen,

Errungenschaften nationalstaatliche

bewahren

Errungenschaften in Europa

beizubehalten und

weiterzuentwickeln. Das ist uns

in der Vergangenheit zum

Beispiel auch bei der

Mitbestimmung geglückt. In

vielen europäischen

Vereinbarungen wird zudem die eigenständige Rolle der Sozialpartner ausdrücklich hervorgehoben.

Solche Lösungen erfordern Kompromisse und nicht alles wird dabei auf dem Niveau liegen können, das wir nationalstaatlich erreicht haben. Aber es ist besser, wir schaffen Grundstandards, mit denen wir uns weltweit behaupten können, als dass unsere nationalstaatlichen Lösungen in der globalen Wirtschaft weggespült werden.

Im sozialen Dialog Europas können wir selbstbewusst eigene

Lösungsmodelle beitragen – zum Beispiel was unsere Politik für behinderte Menschen angeht.

AGG

Deswegen freut es mich auch, dass wir es mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz geschafft haben, einen europäischen Anstoß in noch besseres nationales Recht weiterzuentwickeln. Wir haben die vier EU-Antidiskriminierungsrichtlinien nicht nur eins zu eins umgesetzt, sondern Verbesserungen hinzugefügt, wie übrigens viele andere Länder in Europa das auch gemacht haben.

**EU-Jahr der
Chancen-
gleichheit**

Daran können wir 2007 anschließen, wenn das Europäische Jahr der Chancengleichheit ist. Auch das eine Gelegenheit, unsere gemeinsamen Werte und Ziele zu schärfen und einen Schritt in Richtung eines sozialeren und menschlicheren Zusammenlebens zu gehen.

Da geht es konkret um Rechte, um gesellschaftliche Präsenz, um Anerkennung, Respekt und Toleranz. Wichtige Eckpfeiler des Zusammenlebens. In unseren Gesellschaften und auch zwischen den Ländern.

ESF

Mit dem europäischen Sozialfonds haben wir auch ein Instrument in der Hand, das ergänzend eingesetzt werden kann, um Beschäftigungschancen zu unterstützen und angemessene Lebensstandards zu sichern.

Die Beispiele zeigen, dass das Fundament für eine soziale Dimension in Europa gelegt ist. Es kommt jetzt darauf an, dass zu entwickeln.

Markt mit 450 Mio. Menschen

Anrede,

die Größe des europäischen Marktes, seine 450 Millionen Menschen, seine Wirtschaftskraft

– das sind Argumente, mit denen wir das Soziale stützen und stärken können.

**Weltweit
anerkanntes
Modell**

Deshalb sehe ich als zweite Ebene der Herausforderungen auch, dass wir Europas Stellung als weltweit anerkanntes Modell stärken. Die soziale Ordnung in Europa ist eine echte Alternative zu marktliberalen Modellen, die Staat – wenn überhaupt – allenfalls als Rot-Kreuz-Wagen für die Versehrten und Verletzten des Kapitalismus kennen.

Wir haben keine totalen Marktgesellschaften in Europa. Bei uns zählen soziale Gerechtigkeit und Solidarität

noch etwas, weil wir wissen, dass sie Grundlage von echter Freiheit und Teilhabe sind. Das ist hoch attraktiv in der Welt.

**EU-Ratspräsi-
dentschaft 2007**

Anrede,

auch während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Anfang 2007 sind neue – soziale – Impulse für Europa möglich.

EU-Verfassung

Der Verfassungsvertrag liegt immer noch auf dem Tisch. Und er zeigt die Richtung, die Europa gehen kann. Er gibt Antworten auf die Frage, was Europa heute sein und morgen werden kann.

Vier Aspekte sind wichtig:

Soziales Europa Erstens – darüber habe ich heute gesprochen: Europa kann ein soziales Europa sein. Im Verfassungsentwurf wird eine *„in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt“*, gefordert. ebenso die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung, die Förderung sozialer Gerechtigkeit und sozialen Schutzes.

Außerdem finden sich da soziale Grundrechte, kollektive Rechte der Sozialpartner und wichtige Anmerkungen zur Rolle der Zivilgesellschaft für das Soziale.

Grundrechte

Zweitens: Europa kann eine Region sein, in der Menschenrechte und Grundrechte gesichert sind. Die Charta der Grundrechte im Verfassungsvertrag ist vorbildlich mit ihrer umfassenden Beschreibung bürgerlicher und politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Rechte. Schon sie allein lohnt den Kampf für die Verfassung. Hier findet sich die komprimierte Form der Werte, auf denen Europa beruht, und die sich aus Religion genauso speisen wie aus Humanismus und Aufklärung.

Demokratie

Drittens: Europa kann eine Region der Demokratie sein. Der Vertrag weist den Weg, wie wir die Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene stärken und die Zuständigkeiten im Verhältnis Parlament, Kommission und Ministerrat klarer organisieren können. Das schafft die Transparenz, die wir als Voraussetzung echter Teilhabe brauchen.

Frieden

Und viertens: Europa kann eine Region des Friedens sein. Seit 61 Jahren schweigen die Waffen in Mitteleuropa. Länger als je zuvor in der Geschichte. Auch wenn es uns selbstverständlich erscheint – das ist es nicht.

Wir stehen heute vor einer Zukunft, in der wir uns um die Prosperität und die Humanität dieser Region kümmern können. Viele Länder des ehemaligen Ostblocks sind mittlerweile Mitglieder der EU. Andere kommen noch hinzu. Wir schlagen die Tür nicht einfach zu.

Auch darin können wir Vorbild sein in der Welt. Wir haben die Verpflichtung, aus unseren Erfahrungen auch künftig eine aktive Friedenspolitik der EU nach außen zu betreiben.

Die Verfassung sieht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vor. Und einen gemeinsamen Außenminister der EU. Das sind wichtige Signale, dass die Zusammenarbeit hier noch enger werden kann.

Vision Europa

Anrede,

wir müssen die europäische Chance ergreifen. Auch wenn wir uns im Tagesgeschäft manchmal in kleinteiligen Verhandlungen über Richtlinienentwürfe und Budgetfragen verlieren, auch wenn manches unübersichtlich ist...

– Europa ist die Chance, das soziale Versprechen zu erneuern, das wir im 19. Jahrhundert formuliert und im 20. Jahrhundert nationalstaatlich umgesetzt haben. Mit verändertem Charakter und unter neuen Bedingungen.

Europäische Solidarität

Jürgen Habermas spricht von einer „europäischen Solidarität“, aus der heraus Identität und Orientierung wachsen können.

So betrachtet ist Europa die große Vision unserer Zeit. Das politische Projekt. Die Chance, der Politik und dem Politischen im 21. Jahrhundert neue Räume und neue Möglichkeiten zu

erschließen. Freiheitlich, gerecht
und solidarisch.

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!